

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Aufstellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mk., durch die Post 23.50 Mk.
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlich, Zeitungsergebnis unter
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Hochdruck nur mit der
Quellenangabe „Ecole-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 1411, der Besuchs-Abt. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Volks-Zeitung

Verwendungsfristiger Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 6 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Anzeigen
die 24 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark, Anzeigen werden nach
unserer Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigengebühren. Erschließungs-
stellen: Halle, erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 1a, Dr. Braunsbach 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Wiesstraße 52 und Markt 54,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 372.

Halle, Mittwoch, den 11. August 1920.

Einzelpreis 10 Pfg.

Der Gedanke der Mietssteuer.

Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Ent-
wurf einer allgemeinen Mietssteuer vorgelegt. Gleich-
zeitig löst sie ein Communiqué veröffentlicht, in dem
sie die Gründe für ihr Steuerprojekt darlegt und seine
wirtschaftspolitische Notwendigkeit zu beweisen sucht.
Die Mietssteuer, führt sie in dieser Kundgebung aus,
sind bisher künstlich niedrig, betraue auf dem Vorkriegs-
stande erhalten worden. Aber die Zwangswirtschaft
der Wohnungen, durch die dieser Preisstand mög-
lich wurde, ist schwierig, weil sie unnatürlich ist. Der
Preis jeder Ware sucht sich den Marktwertverhältnissen
anzupassen. Es besteht Gefahr, daß sich die Wohnungs-
zwangswirtschaft nicht mehr lange aufrechterhalten läßt.
Dann werden Miets- und Häuserpreise in die Höhe
schnellen, und die Hausbesitzer werden den fetten Kon-
junkturgewinn einstreichen, denn dem sie sich schon lo-
ange schenken. Trotzdem wird das Wohnungsangebot
nicht oder höchstens sehr langsam zunehmen. Denn das
Bauen kostet heute reichlich zehnmal so viel wie früher;
es kann sich also erst lohnen, wenn die Mietsverhältnis-
schicht ist. Bis dahin werden Mietssteigerungen und
Wohnungsnot Hand in Hand gehen. Diese Aus-
sicht ist unerträglich. Nun kann man zwei Pläne auf
einen Schlag treffen, wenn man die Mietpreissteigerung
vorweg nimmt, ihren Ertrag aber nicht dem Haus-
besitzer läßt, sondern zu Bauauschüssen für neue Häuser
verwendet. Der Mieter muß mehr zahlen; aber das
müßte er über kurz oder lang so auch. Durch seine
Zahlungen steigert sich indes bei der vorgeschlagenen
Methode das Wohnungsangebot, weil billiger gebaut
werden kann und die Mietsen in den zu errichtenden Häu-
sern in einer Höhe festgelegt werden können, über die
sie sich immerhin erheben läßt. Es gebe kein anderes Mittel
zur Beseitigung der Wohnungsnot.

Die Beweisführung enthält einen gewissen Wier-
spruch. Wenn die Zwangswirtschaft nicht aufrecht-
erhalten ist, weil sie der Natur der Dinge wider-
spricht, so kann offenbar die Erhebung einer Steuer nicht
genügen, um sie zu konservieren. Die Steuer soll nach
der Vorlage dreißig Prozent der Friedensmiete betra-
gen. Auch wenn man sie hinzugerechnet, bleibt der Miet-
preis, ab der sonstigen Preisentwicklung gemessen, in
sehr beträchtlichem Grade gedrückt, künstlich gedrückt.
Werden wir, wenn die Zwangswirtschaft nicht mehr
lebensfähig ist, nicht in Schwierigkeiten neben der Miets-
steuer starke Mietssteigerungen bekommen?

Der künstlich gedrückte Mietpreis ist heute ein
wesentliches Moment des notwendigen Gleichgewichts
der durchschnittlichen, privaten Haushaltungen. Im
Frieden hat bekanntlich die Miete, statisch betrachtet,
eine bestimmte Quote des Einkommens ausgemacht,
eine Quote, die mit der zunehmenden Höhe des Ein-
kommens sank. Da die Mietsen nicht sehr wesentlich über den
Friedensstand gesteigert werden dürfen, während die
Einkommen — nominell — wachsen, ist diese Quote
heute nicht unbedeutlich kleiner als früher. Aber diese
Erlparnis ist nicht etwa fest geworden. Sie ist auf-
gehoben oder mehr als aufgehoben durch den Verbrauchs-
wandel für den sonstigen Lebensunterhalt, vor allem für
die Nahrung, und durch die Steuern, deren Anteil am
Gesamteinkommen mehr stetig als die Mietquote sank.

Wenn nun die Mietquote wieder ihrer früheren Höhe
genähert wird, so muß entweder die Quote der sonstigen
Ausgaben zusammenstürzen oder die der Steuern.
Denn die Verringerung des Mietaufwands durch Ab-
milderung in kleinerer oder bescheidener ausgestattete
Wohnungen ist praktisch in den meisten Fällen nicht mög-
lich. Die Ausgabe für den Unterhalt, insbesondere für
Lebensmittel, dürfen, solange kein wirksamer Preisab-
schlag, im Durchschnitt kaum mehr einschränkungs-
fähig sein. Was bleibt also übrig? Der Verlust, all-
gemein die Einkommen zu erhöhen, denn nicht zum
Ziel führen, weil dadurch alle Preise steigen, der Ein-
kommenszuwachs also nicht für die Mieterhöhung ver-
fügbar bleibt.

Wir empfehlen dem Reichsfinanzministerium das
gründliche Studium des Problems. Wenn die Miet-
quote wächst, wird sich noch deutlicher als bisher herau-
stellen, daß die Steuerquoten zu hoch sind. Auch praktisch.

„Organisation der öffentlichen Meinung.“

Die „Demokratische Parteikorrespondenz“ läßt sich über die Gesellschaft Wera, den der auch schon
bei uns die Rede war, nun gut unterrichtet. Seine folgendes
schreiben:

„Die Gesellschaft Wera sährt mit ihrer organi-
satorischen Tätigkeit fort. Zweck ist die „Organisation der
öffentlichen Meinung“. Grundlegend ist die Verfassung der
Richtlinien mit den bestehenden Zuständen. Dabei wird
nuanciert und individualisiert. Man kauft mehrere Zeitun-
gen, bildet dann für jede eine besondere Gesellschaft, die mehr

oder weniger antidemokratisch und antisozial in ihren za-
lungsfähigen Teilhabern gerichtet ist, jedoch nach der Gegner
und dem Zeitgeist. Demokratisch wird der Redak-
teur gewählt, der hellenweise demokratisch schil-
tern darf, aber nur unter Aufsicht. Denn auch in den
verschiedenen Ländern wird über das Ganze ein Verla-
garektor geleitet. Gedämpfte Restaurierungsehrlichkeit.
Parfüm „gute Gesellschaft“ durchdringt diesen Neojournalis-
mus, der die Schriftsteller der Vaterlandspartei
sammelt und alimentiert. Man hat stimmungsmäßig Be-
ziehungsgruppen mit dem Haß der Unabhängigen gegen die
Republik und dem Zorn der Bayern gegen Berlin. Die neue
Erziehung kann als antihörschewitscher
Bolschewismus bezeichnet werden.“

Man wird gut tun, die weitestgehenden, die auf manche
Vorfälle der letzten Zeit ein scharfes Licht werfen,
im Auge zu behalten.

Die wirtschaftliche Krise.

Berlin, 11. August. Gestern trat der sozial- und
wirtschaftspolitische Untersuchungsausschuss des vorläufigen
Reichswirtschaftsrats in Berlin zusammen, um den Be-
richt und die Beratung über den Antrag Wisell, be-
treffend Förderung der produktiven Erwerbslosenför-
derung, entgegen zu nehmen. Als Wesen der Krise be-
zeichnete er nicht den Käuferstreik oder die Unternehmers-
labotage, sondern die Verteuerung der Rohstoffe.
Staatssekretär Birich führte aus, daß die Krise eine
internationale Erscheinung sei, es werde nicht mehr und
nicht weniger vorgehoben als eine großartige Um-
gründung der Wirtschaft und Arbeitskräfte. An
der Frage des Preisabwärtens äußerte er sich im allge-
meinen zustimmend. Heute nachmittag wird in der Be-
ratung fortgesetzt.

Kiefenerleise im staatlichen Bergbau.

Obwohl es nachdrücklich jedem modernen Menschen ein-
gegangen sein sollte, daß der staatliche Bergwerksbetrieb
ebenso weit von volkswirtschaftlicher Energie wie von Ren-
tabilität entfernt ist, ist die Lehre nicht unsonst, die der
neuerdings veröffentlichte Bericht der preussischen Bergver-
waltung für das Betriebsjahr 1918 gibt. Der Wendepunkt
in der Entwicklung war der 1. November. Der bis dahin er-
zielte rechnungsmäßige Betriebsüberschuss von 53½ Mill.
wurde in den letzten zwei Monaten des Jahres 1918 nicht
mehr als 10 Millionen erzielt. Der Reingewinn von 1917 in Höhe
von etwa 51 Millionen Mark steht ein Verlust im Jahre
1918 von über 4 Millionen gegenüber. Besonders schwer
ist der wirtschaftliche Rückschlag bei den Steinkohlenber-
werken in Erscheinung getreten; während 1917 noch ein
Bilanzgewinn von über 30 Millionen ausgewiesen werden
konnte, ist 1918 ein Verlust von 16 Millionen eingetreten.
Die Erz- und Kalkbergwerke weisen noch einen geringen
Ueberschuss aus. Die Gründe für diesen Rückschlag in den Er-
zbergwerken des staatlichen Bergwerks sind natürlich der oszillierende
Krieg und die inneren Wirren. Die seit aufgestellte Be-
haltung, Angestellte und Arbeiter leisteten in öffentlichen
Betrieben mehr und Besseres als in Privatbetrieben, wird
durch den Bericht der preussischen Bergwerksverwaltung nicht
belegt. Zwar hat der preussische Bergwerksrat durch Verlust
der lausländischen Kohlengruben einen empfindlichen Ausfall
erlitten, aber der Förderungsverlust infolge Streik, Ver-
zögerung der Arbeitzeit und Verminderung der Arbeitsin-
tensität steht ihm nichts hinter dem der in Privatbetrie-
benlichen Gruben zurück. Von einer großzügigen Reorganisa-
tion der preussischen Bergwerke hat man noch nichts ge-
hört. Vor einigen Monaten machten die Pläne des künftigen
Finanzministers von sich reden. Er wollte mit der behör-
dlich-reglementarischen Führung der staatlichen Bergwerks-
betriebe brechen und herorragende Organistoren und Fach-
leute gegen Privatvertrag in die staatliche Bergbau-
verwaltung ziehen. Die auch auf dem General internationalen
Bergarbeiterkongress geforderte Sozialisierung (bzw.
Nationalisierung) des Bergbaus wird nur dadurch gefördert,
daß modernere leistungsfähige Betriebsformen für die staat-
lichen Bergwerke herausgeschliffen werden. In der Regel
steht es dann ein Reform in der Leitung eines Unter-
nehmens in Angriff genommen zu werden, wenn große
Umschüßle eingetreten sind. Diese „Reinigung“ ist jetzt
vollständig erfüllt. Der Reichswirtschaftsrat sollte sich — ob-
wohl es sich hier ja nicht um eine Krise, sondern um eine
Landesangelegenheit handelt — eingehend mit dieser Frage
befassen.

Die französische Gewaltherkunft im Saargebiet.

Saarbrücken, 10. August. Die französische Besatzungs-
behörde hat die streikenden Beamten requiriert und
sie vor die Entscheidung gestellt, entweder Dienst zu tun oder
vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Alle Beamten, die
sich weigerten, den Dienst wieder aufzunehmen, sind ver-
haftet worden, wenn man über sich habhaft werden
kann. Die meisten sind geflüchtet. Die umliegenden
Wälder sind von schwarzen Truppen abgeperrt. Mit
besonderer Schärfe wird jetzt gegen die Personen vorgegan-
gen, die im Interesse des Deutschtums irwiewe-
enmal hervorgetreten sind, und über die offenbar schon seit
längerer Zeit eine Liste geführt worden ist. Bei diesen
Personen werden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Mit den
Beamten der Verwaltung und Justiz erklärten sich die Be-
amten der Post, Telegraphie und Eisenbahn solidarisch. Es
ist aber, daß auch von ihnen der Generalstreik erklärt
wird. Die französische Besatzung zog neue Truppen in das
Saargebiet und versetzt anschließend die Wälder, jeden
Widerstand mit Gewalt zu unterdrücken.

Annektierungs- und Disziplinarverfahren.

Berlin, 10. August. Das Kabinett hat sich
heute mit der Rückführung des Annektierungs- und
auf die Disziplinareverfahren beschäftigt. Dabei
kam man zu dem Ergebnis, daß das Annektierungs-
nicht auf Disziplinareverfahren, sondern nur auf Strafver-
fahren Anwendung finden sollte. Andererseits war das
Kabinett darüber einig, daß es dem Geist und dem Ziele
des Annektierungsverfahrens entspräche, eine möglichst weit-
gehende Verübung aller beteiligten Kreise herbeizuföh-
ren. Das Kabinett hat daher beschlossen, daß die
Untersuchungsausschüsse sofort ihre Tätig-
keit einstellen, neue Disziplinareverfahren auf
Grund neuer Anzeigen nicht mehr eingeleitet, die schweben-
den Verfahren mit möglichster Beschleunigung zu
Ende geführt werden sollen.

Erheblicher Preissturz am Oberrhein.

Köln, 10. August. Oberrheinischen Meldungen
zufolge hat auf den hauptsächlich dortigen Obst- und Ge-
müsegroßmärkten in den letzten Tagen ein erheblicher Preis-
rückgang eingeleitet, der für manche Großhändler fatalistische
Wirkungen hatte. Einzelne Gemüse- und Obstsorten sanken
um ein Drittel des Preises der Normale. Der Rückgang
der Preise wurde verursacht durch die freigegebenen Ein-
fuhr ausländischer Marktwaren. Auch die Obst-
marktpreise sind um 50 v. H. gesunken, besaglichen gehen die
Weinpreise derart zurück, daß in einzelnen Orten Weine
nicht mehr an den Mann zu bringen waren, trotzdem deren
Preise um 50 und mehr v. H. gegen die Preise vor einigen
Monaten zurückgegangen waren.

Viehzählung am 1. September.

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen findet
am 1. September im Deutschen Reich eine Viehzählung
statt, die sich nach einer Mitteilung des Reichswirtschafts-
ministers auf Rindvieh, Schafe, Schweine und
Ziegen erstreckt. In Preußen werden auf Grund der
unintermittlichen Anweisung am 1. September auch die
Ferkel, ohne Milchkühe, mitgezählt. Eine Zäh-
lung des Federviehs sowie der Rammiden findet dieses
mal nicht statt.

Die polnisch-Danziger Grenzregulierung.

Danzig, 10. August. In Zoppot begann heute vormittag
eine Sitzung der internationalen Grenzfestlegungs-
kommission unter dem Vorsitz des französischen Generals
Dupont. Es erschienen Bürgerdeputationen aus Zoppot,
Düna und Danzig, um der Kommission verschiedene Wünsche
wegen der Grenzregulierung vorzutragen. Die einmütigen
Wünsche der deutschen Bevölkerung dieser Städte gehen da-
hin, daß der Dünaer und Zoppoter Weid, der durch die pol-
nische Grenze durchschnitten wird, in seiner ganzen Ausdeh-
nung dem Freistaat Danzig verbleibe, um der Bevölkerung
zu Erholungsweiden zu dienen, aber auch aus volkswirt-
schaftlichen Gründen, und für Düna hauptsächlich, weil dieser
Ort die umliegenden Wälder für seine Wassererzeugung be-
nötigt. Eine Entscheidung der Kommission steht noch aus.

Die polnisch-russische Frage.

London, 10. August. (Unterhaus.) Lord George sagte
heute im Unterhaus bezüglich der ersten Lage in Mittel-
europa, er hoffe noch, daß der Frieden erhalten werden könne.
Er behaupte, daß die polnische Offensiv aufgenommen
worden sei trotz der Warnungen Frankreichs und Englands.
Eine schwierige Lage würde entstehen, wenn die
Polen auf Bedingungen beharrten, die die Unabhängigkeit
Polens nicht garantierten. Der Völkervertrag könne nicht
gleichgültig bleiben, wenn eines seiner Mitglieder durch eine
Regierung, wie die der Sowjets, in seiner Existenz bedroht
sei. Die Lage sei ernst. Die Unabhängigkeit Polens
habe einen wesentlichen Teil des Friedensgedankens Europas
und Teilen der Nationen, die an der Aufrüstung des
europäischen Friedens interessiert seien, könne sein Ver-
schwinden nicht gleichgültig sein. Eine neue Aufstei-
gung Polens sei nicht nur ein Verbrechen am Schicksal,
sondern auch eine Gefahr. Das müßte man als Grundlage
der englischen Politik festhalten. Das Ziel der in
Höhe festgelegten Politik der Alliierten sei, den
Frieden, gegründet auf der Unabhängigkeit des ethnogra-
phischen Polens, sicher zu stellen. Werde in Mindest eine
Einigung erzielt, dann wolle man nicht eingreifen, un-
terstützt ein für Polen annehmbares Abkommen umzusetzen.

Die englische Arbeiterpartei und die englischen Gewerks-
chaften hielten eine gemeinsame Sitzung ab, in der eine Ent-
scheidung gefaßt wurde, nach dem ein Krieg zwischen den
Alliierten und Rußland wegen Polens u. a. Bedingungen
hinderlich werden soll, gegebenenfalls mit den Mitteln des
Generalstreiks. Auch die unabhängigen englischen
Liberalen erklärten sich gegen jede militärische
Intervention zugunsten Polens durch die Sowjets,
Truppenbewegungen, Munitionslieferungen usw. Abstim-
mung des Nationalverbandes der englischen Eisenbahner
sahen ähnliche Entscheidungen und forderten die Auf-
nahme des Handelsverkehrs zwischen England und
Rußland.

Das polnische Volkswort meldet aus Warschau:
Die russische Armee wird seit drei Tagen umgruppiert. Aus
dem Sauerland sind russische Kräfte zu

